

# Woffische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Schreibleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Dönhof (A) 3600-3665, Fernverkehr Dönhof 3666-3698. Telegramme: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660.

## Berlin

Beispiegel monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anm.-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [Anzahl] 15 Pf. . Nr 451

DONNERSTAG, 21. SEPTEMBER 1933

MORGEN-AUSGABE

## Die Tagung des Generalrats

Große wirtschaftliche Pläne

Am gestrigen Tage hat der Generalrat der Wirtschaft zum erstenmal gefasst, zunächst unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers Dr. Schmidt, sodann unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers, Dr. Reichsfinanzminister sowie Reichsstaatspräsident Dr. Schmidt haben beauftragte Beauftragte, in denen sie über die wirtschaftspolitischen Pläne der Regierung Aufschluß geben. Der Text dieser Beauftragten findet sich auf der vierten Seite des Blattes.

Die konjunkturpolitischen Maßnahmen der Regierung gehen von der Erwägung aus, das heftigste entscheidende Mittel und eine wichtige Aufgabe der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung ist die Förderung der Produktion, der Beschäftigung und der Ersparnisarbeiten und Investitionen im allgemeinen. Schon bisher habe die Regierung durch Erteilung von öffentlichen Aufträgen und durch Anregung der privaten Initiative Investitionen in großem Umfang, vor allem in der Bauwirtschaft, veranlaßt. In diesem Zusammenhang sei die Zahl der Arbeitslosen um 2 Millionen gesunken. Die erste Etappe im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sei erreicht. Die neuen Pläne der Regierung dienen der Gewinnung der zweiten Etappe.

Diese Pläne haben ein dreifaches Ziel. Zunächst soll eine Gewinnung der Kommunalfinanzen durch Konsolidierung der kurzfristigen Schulden und durch die Cantierung der gemeindlichen Haushalte auf

dem Wege über eine erhebliche Entlastung von Abfallwirtschaftsgebühren angestrebt werden. Diejenigen Gemeinden, die Zahlungsunvermögen gegenüberstehen, werden einen Umschuldungsverband betreiben, der für die Gemeinden Schuldverpflichtungen auslöst. Diese Vereine sollen mit 4 Prozent verzinst und vom 1. Oktober 1933 an mit 3 Prozent jährlich erparter Zinsen gefolgt werden. Geht der Gläubiger auf das Umschuldungsangebot nicht ein, so kann er seine Ansprüche fünf Jahre lang nicht geltend machen.

Die Reichsregierung wird sodann die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung energisch weiterführen. Insbesondere wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, 500 Millionen M zur Förderung von Bauarbeiten zur Verfügung zu stellen. Voraussetzung für die Bewilligung dieser Mittel ist, daß der Eigentümer das Biergeld des ihm gewährten Betrages für die genannten Arbeiten aufwendet. In diesem Zusammenhang sind eine Reihe von Steuerbefreiungen und Steuererleichterungen, unter anderem zugunsten der Landwirtschaft, vorgelesen.

Schließlich wird sich die Reichsregierung im Einvernehmen mit der Reichsbank bemühen, die Genußmarken-Geld- und Kapitalmarkt zu lösen. Die Reichsbank wird durch eine Ergänzung des Bankgesetzes die Möglichkeit erhalten, auf dem Wege über eine entsprechende Regelung des Geldmarktes den Kapitalmarkt leistungsfähiger zu machen.

## Konsequenzen der Kontrollfrage

Mx. PARIS, 20. SEPTEMBER

Wenn man die Angelegenheiten, aus denen der Bedarf an internationalen Abhilfungsmaßnahmen erforderlich wird, auf eine etwas überflüssige Formel bringen wollte, so könnte man heute abend, von Paris aus gesehen, zu folgender Kennzeichnung der Lage kommen: die Währungsüberwindung ist dabei, aus einer bloßen Frage zu einer Tatsache zu werden. Aber die Tatsache hängt jetzt schon an, den Franzosen unbegreiflich zu werden.

Die allgemeine Währungsüberwindung ist eine alte französische Forderung. Sie war, wie so mancher andere tabuläre Vorbehalt, ursprünglich in erster Linie faktisch gedacht als ein Schutzmaß, der mit Sicherheit auf die Abklärung der anderen Staaten, insbesondere der Angelegenheiten und Italiens rechnen mußte, aber gerade durch die Abklärung die Großzügigkeit Frankreichs und die Unmöglichkeit erprobter französischer Währungsverminderung in ein dialektisch gefärbt verwertbares Ziel stellte.

Nachdem nun, nicht zuletzt unter dem Eindruck gewisser internationaler Auffassungen der inneren Verhältnisse, die Möglichkeit einer Währungsüberwindung von den Angelegenheiten bis zu einem gewissen Grade positiv aufgefaßt wird, so jagt, wie es den Franzosen hat, in Rom grundsätzlich die Bestätigung, so spricht manches dafür, daß die weitere Entwicklung der Dinge eben die sein werden könnte, die den Franzosen gerade das Gegenteil der von ihnen gegen Deutschland angestrebten und bereits mit Unterstützung verbündeter internationaler Einheitsfront brachte: die erneute Isolierung Frankreichs gegen eine zunächst angelsächsisch-italienische und dann (wie im März dieses Jahres in Genf) angelsächsisch-italienisch-deutsche Front. Wenn man nämlich auf Grund der heute abend vorliegenden Nachrichten die Auffassungen von London, Rom und Washington miteinander vergleicht, wird man feststellen, daß sie darin übereinstimmen, zwar die Währungsüberwindungen grundsätzlich zu bejahen, sie aber auch nachdrücklich zum Ausgangspunkt einer verbindlichen zahlenmäßigen Verminderung der Währungsnoten zu machen. Am weitesten geht darin offenbar Italien, in dessen Presse („Stampa“) sogar davon die Rede ist, daß mit dem Ablauf des Viererpaktes, also im Jahre 1943, die absolute Nullpunktgleichheit erreicht werden müßte.

In diesem Punkte — und weniger, wie man in Paris glauben möchte in den Unterfragen der technischen Anlage einer Überwindung — liegt der entscheidende Gegenstand, der Herrn Eden vorgelesen veranlaßt hat, schon nach Beginn der Stunde die Pariser Verhandlungen abzubrechen und MacDonald einen außerordentlichen Ministererrat vorzuschlagen. (Übertrugens wird am Sonntag in Rambouillet, dem Sommeritz des Präsidenten der Republik, auch das französische Kabinett zusammenzutreten.)

Man wird ferner bemerken, daß der grundsätzliche Unterschied zwischen der angelsächsisch-italienischen Auffassung und der von Reichsaussenminister von Neurath vorgelegten deutschen Auffassung nicht so groß ist, wie der zwischen London, Rom, Washington einerseits und Paris andererseits. In einem gewissen Zusammenhang mit diesem Tatbestand dürfte sich auch die Dringlichkeit erklären, mit der man sich in Paris der Bundesgenossenschaft zu Peking, bes deren Außenminister heute als außerordentlich in Paris weilte, wieder erinnert und für Genf verpflichtet hat.

Geißelverhältniß wäre mit einer solchen Entwidlung für die deutsche Außenpolitik die Schwereität und Schwereität der Lage keineswegs wesentlich erleichtert. Kein Zweifel, daß in weiteren Verlauf der Verhandlungen, die jetzt noch energigültig nach Genf verlegt dürfen, noch eine Unmenge schwieriger und gefährlicher Eingriffe aufkommen werden, jenseitig deshalb, weil für die Angelegenheiten und Italien natürlich der Anreiz, einen Kompromiß auf der Grundlage neuer Zugeständnisse Deutschlands zu suchen, näher liegt, als der mißliebige Anreiz gegen das Reich, mit dem Frankreich sich selbst und seinen Verbündeten die Schuldlosigkeit nach einer Aufspaltung der deutschen Währungsverhältnisse vorzubehalten will. Aber immerhin liegt hier ein Einsparpunkt deutschen Eingriffen.

Weheßer bietet sich dem Zeitungsleser in Paris ein seltsames — fast möchte man sagen neckisches Spiel: Während die amt-

## Heute Prozeßbeginn in Leipzig

Sühne für die Reichstags-Brandstiftung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung. LEIPZIG, 20. SEPTEMBER

Die große Welt wird morgen im Mann der Stunde stehen, in der vor dem 4. Strafamt des Reichsgerichts der Prozeß gegen die Reichstagsbrandstifter beginnt. Es geht nicht nur um die Sühne eines Verbrechens, das in der Reichstagsgeschichte seinesgleichen nicht hat, weil über die unmittelbaren feindlichen Vorgehenslinien greift dieser Prozeß in die politische Vorgeschichte und führt das Gemeinwohl, das durch das fatal jene Brandstiftung begangen wurde. Aufschluß am entscheidenden Wendepunkt seiner Geschichte, am Vorabend der nationalen Revolution, aber gerade da noch bedroht von der kommunalistischen Gefahr — das ist der höhere Blickpunkt, unter dem die Ergebnisse der Verhandlung zu beurteilen sind.

Unter der Anklage des Hochverrats, beschuldigt, den Brand im Reichstag mittelbar oder unmittelbar verursacht zu haben, haben sich fünf Personen zu verantworten: der holländische Mauermeister Marinus van der Lubbe, 1909 in Leiden geboren, der frühere Reichstagsabgeordnete, Schriftsteller und Angestellter Gustav Torgler, geboren 1883 in Berlin; der bulgarische Schriftsteller Georgi Dimitroff, geboren 1882 in Kobotin; der Student Bogdan Popoff, 1902 geboren in Drien bei Sofia; und der Schuhmacher Wolf Taneff, geboren 1897 in Goegegi in Mazedonien. Sie alle sind seit längerer Zeit in Untersuchungshaft.

Dem Hauptangeklagten van der Lubbe ist zum Reichsgericht als Offizialverteidiger der Leipziger Rechtsanwalt Siefert bestellt worden. Unentschieden ist noch, ob auch der holländische Rechtsanwalt Stomps aus Wehlde, an den die Familie van der Lubbe herantrat, die Vertretung des Angeklagten übernehmen wird. Van der Lubbe war bisher englischer, seine Vertretung nur den ihm zum Reichsgericht gestellten Verteidiger zu übertragen. Dr. Stomps hatte erst heute eine Wegrede mit ihm, deren Ergebnis noch nicht bekannt ist.

Torgler wird von dem bekannten Berliner Rechtsanwalt Dr. Gae verteidigt, den drei Bulgaren ist vom Gericht auch Leipziger Anwälte als Offizialverteidiger zugewiesen worden.

Der Vorsitz der Verhandlung führt Staatsanwalt Dr. D. Bürger, der frühere holländische Ministerpräsident, die Anklage wird Staatsanwalt Dr. v. v. vertreten, unterstützt von seinem Scherbenhüter Sondergerichtsdirektor Forstmann, der in Berlin durch seine langjährige Tätigkeit als Staatsanwalt in Moskau bekannt ist.

Die Vorgänge, die zur Verhaftung der Angeklagten führten, sind noch in allgemeiner Erinnerung, von der Lubbe wurde bekanntlich am 23. Februar, als er in der Nacht des 27. Februar auf dem ersten Anlauf zum Reichstagsparlament und die Schutzpolizei vom Brandverbreiter Tor in den Reichstag kamen. Man fand bei ihm einen ordnungsgemäß ausgestellten holländischen Paß. Noch in der Brandnacht legte van der Lubbe ein volles Geländebild an und bekannte sich als Mitglied der holländischen kommunistischen Partei.

Angehört der zahllosen Brandhebe, die sich über das ganze Reichstagsgebäude verteilten, war es von vornherein klar, daß es nicht die Tat eines einzelnen sein konnte. Die Ermittlungen, für die sofort ein ungeheurer Apparat eingesetzt wurde, führten bald zu der Festnahme des früheren Reichstagsabgeordneten Torgler. Es ergab sich ferner, daß auch die drei Bulgaren mit dem Brandstifter in Verbindung standen. Sie konnten am 9. März festgenommen werden. Auch sie waren schon seit Jahren für die kommunistische Partei, und zwar als Mitglieder der bulgarischen Organisation tätig. Dimitroff war der Führer der bulgarischen Kommunisten und führend beteiligt an der Organisation des Aufstandes im September 1923. Es gelang ihm damals, nach Rußland zu entkommen. Er wurde in contumaciam zum Tode verurteilt, die beiden anderen Bulgaren, die ebenfalls nach Rußland geflohen waren, wurden ferner gegen die gleichen Delikte wegen zu 12½ Jahren Zuchthaus in contumaciam verurteilt.

Die Voruntersuchung überreichte fünf über ein halbes Jahr. Oberreichsanwalt Breiner übernahm zunächst selbst die Leitung der Ermittlungen, als besonderer Untersuchungsrichter wurde dann Reichsgerichtsrat Vogt bestellt. Die Durchführung des Untersuchungs und in der Folge die Aushebung zahlreicher kommunistischer Geheimtätigkeit wurde eine Masse von Material, das den Reichstagsbrand nur als ein Glied in der Kette der kommunistischen Umwälzungsbestrebungen erscheinen ließ. Mehr als 500 Seiten lang in der Voruntersuchung vermerken worden, um die Hintergründe des Attentats aufzuklären.

Die Verhandlung wird sich vor der geplanten Beiläufigkeit abspielen. Von den 123 Verurteilten enthalten 82 auf ausländische Staatsangehörigkeit. Die Dauer der Verhandlung in Leipzig läßt sich nicht genau übersehen. Man rechnet damit, daß sie in der Zeit zwischen dem 5. und 9. Oktober in Leipzig beendet sein wird.

Unsere vierte Seite

Hilfer, Göring, Schmidt sprechen